

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Für Nachgelieferte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.
Die Bezugsgebühren für Monat Mai 2,50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Die Bezugsgebühren werden nach Schwere berechnet; die unpolierte 30 mm breite Familienanzeigen und Zeitungsbelege ohne Nachzahlung 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 40 mm breite Familienbelege 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Überengabe 10 Pf., Unzumutbares gegen Vorzusatz.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neufuß & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1066 Dresden.

Nachdruck nur mit deutscher Auslegung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster · Flügel u. Pianos

Stammhaus Löbau (Sa.) — Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage)
Kunstspiel-Flügel und Pianos

in höchster Vollendung,

sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüsllicher Solidität

Die letzten Tage des Kabinetts Marx.

Bersärfung des Streits zwischen dem Auswärtigen Amt und der Russischen Botschaft.
Das Gesamtergebnis der Reichstagswahl. — Starke Zunahme der Luruseinfuhr.

Die Regierung bleibt bis zum Zusammentritt des Reichstages.

Berlin, 5. Mai. Am Dienstag tritt das Reichskabinetts nochmals zusammen, um die durch die Wahlen geschaffene Lage zu besprechen. Innerhalb des Kabinetts ist jetzt die Auffassung zur Herrschaft gelangt, vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages von der Demission abzusehen. Man betont, daß selbstverständlich das Kabinetts Marx sich der Entwicklung der Dinge nicht hindernd in den Weg stellen wolle, daß aber kein Grund vorliegt, sofort zu demissionieren und beruft sich auf das Beispiel des Kabinetts Waldow, daß nach den Wahlen ebenfalls die Geschäfte noch wochenlang geführt und auch erst beim Parlamentszusammentritt demissioniert habe. Am 17. Mai sind der Reichsparteivorstand des Zentrums, sowie die Landes- und Provinzialvorsitzenden dieser Partei nach Berlin berufen worden zur Besprechung der politischen Lage und der Stellung, die die Zentrumsfraktion des Reichstages einnehmen soll.

Das Rätselraten über die Regierungsbildung

Berlin, 5. Mai. Ueber die Form der neuen Regierung wird in Berliner politischen Kreisen schon viel geredet. Man erklärt, daß eine etwaige große Koalition mit der sozialdemokratischen Fraktion des kommenden Reichstages eine ganz andere große Koalition, als die des letzten Reichstages sein würde, weil die sozialdemokratische Partei jetzt in ihrem eigentlichen Kern fast ebenso radikal geworden sei, wie die Kommunisten selbst, womit die Möglichkeit des Regierens mit einer solchen Partei aus dem Bereich des Möglichen ausscheide. Es sei einfach ganz ausgeschlossen, daß bürgerliche Parteien, die nach dem Eingehändnis des Außenministers schon mit der bürgerlichen Sozialdemokratie nicht regieren könnten, mit dieser wesentlich radikaleren sozialistischen Fraktion regieren sollten. Dazu komme, daß eine solche große Koalition niemals die Zweidrittelmehrheit für die Gesetzgebung bekommen würde, die bei der Durchführung der Sachverordnungen notwendig erreicht werden müßte. Demgegenüber würde eine die bürgerlichen Parteien umfassende Koalition, die allerdings nicht auf die Stimmen der Demokraten rechnen könnte, in vielen Fragen

zweifellos auch der Unterstützung der Demokraten und der Deutschvölkischen sicher sein. Sie hätte in der auswärtigen Politik freie Hand im Sinne der letzten Erklärungen der Deutschnationalen und könnte, falls sie Gesetze mit verändernder Mehrheit für die Durchführung irgendwelcher Reparationsverpflichtungen machen wollte, auch der Zustimmung der Sozialdemokraten sicher sein. Beim Zentrum wird vorläufig mit harter Energie für die Wiederherstellung der großen Koalition im bisherigen Sinne gearbeitet.

Die Demokraten scheinen sich zurückhalten zu wollen, um nach ihrem bisherigen Brauch das berühmte Junglein an der Wage zu spielen. Da die eigentliche Entscheidung bei den Stimmen der Volkspartei liegt, so ist die Haltung der Demokraten zunächst nebensächlich, sie könnten nur dann in die Entwicklung eingreifen, wenn sie das Zentrum zu einer endgültigen Festhaltung gegen die bürgerliche Koalition veranlassen könnten. Sehr zu beachten dürfte für die rechtsstehenden Parteien sein, daß aus tatsächlichen Gründen Politiker der Mittelparteien, die vor dem Kabinetts Marx sehr hart für die Erfüllungspolitik eintraten, die Absicht ausgesprochen haben, daß durch Enthaltung des Zentrums und der Demokraten bei der Regierungsbildung den rechtsstehenden Parteien die Verantwortung zugeschoben werden müsse und diese dann mit den Stimmen von Zentrum und Demokraten entsprechend kontrolliert werden könnten. Der Reichspräsident dürfte, nachdem der Reichstag am 20. Mai zusammengetreten ist und die Fraktionsbildung vollzogen ist, sich zunächst mit dem Führer der härtesten Partei in Verbindung setzen und diesem formell den Auftrag der Regierungsbildung übergeben. Aus den ersten Verhandlungen würden sich dann wie üblich, die ersten Gruppierungen der Fraktionen vollziehen.

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis.

Berlin, 5. Mai. Vereinte Sozialdemokratische Partei 99 Abgeordnete, Zentrum 62, Deutsche Volkspartei 45, Deutschnationalen 99, Demokraten 24, Bayerische Volkspartei 15, R. P. D. 61, Mittelstands- und Bayerischer Laubund 10, Deutschhannoverscher 5, Völkische Freiheitspartei 22, Landbund 9, Deutschsoziale 4, zusammen 465 Abgeordnete. (W. T. V.)

Und nun der Bürgerblock!

Die gerechte Genugtuung über die scharfe Bewegung nach rechts, über das kräftige Bodengewinnen des nationalen Gedankens, die sich im Ergebnis der Reichstagswahlen kundgeben, darf uns auf keinen Fall den Blick dafür trüben, daß die Wahlführer nicht den Abschluß jener großen Bewegung darstellen, die ihren Antriebe von dem kräftigen Erwachen des nationalen Gedankens gefunden hat. Wir stehen vielmehr auch heute noch mitten in dieser Bewegung drin, in der die Wahlen nur eine Etappe, einen ziffermäßigen Ausdruck ihres derzeitigen Standes bedeuten. Da aber doch dieses augenblickliche Zahlenergebnis für vier Jahre die Grundlage abgeben soll, auf der sich unser gesamtes politisches und staatliches Leben aufbaut, so wird man um so mehr Anlaß nehmen müssen, nicht lediglich vom Standpunkt des Wahlführers aus mit Hilfe von Addition einzelner Fraktionszahlen an die Bildung einer Regierungskoalition heranzugehen, sondern den Sinn der Wahlen zu deuten und nicht wieder wie bisher immer zum Schaden des Volkes Koalitionsziffern zu errechnen, die der politischen Willensbildung im Volke Hohn sprechen.

Will man zu einer richtigen politischen Auswertung des Volksspruchs kommen, so muß man sich zunächst erst über die zahlenmäßige Verschiebung der Fraktionen in ihrem Verhältnis zueinander klar werden. Und dabei ist es ein vernichtender Urteilspruch, wenn die Partei, die heute neben den Deutschnationalen mit 99 Sitzen in den Reichstag einzieht, die Sozialdemokratie, nur noch mit wenig mehr als der Hälfte ihrer bisherigen Abgeordnetenzahl vertreten ist. Selbst wenn man zu ihnen noch ihre auf noch radikalerem Boden stehende, stark gewachsene Bruderpartei, die Kommunisten, mit 61 Sitzen hinzurechnet, haben beide Parteien zusammen noch lange nicht die Zahl von 171 Reichstagsmitgliedern erreicht, mit denen vor der Auflösung des Reichstages allein die V. S. P. D. vertreten war. Und das trotz der gestiegenen Wahlbeteiligung. Das kennzeichnet zur Genüge, daß selbst in der so straffen Organisation der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften die Erkenntnis ihrer falschen Propheten beträchtlich im Wachsen begriffen ist. Dabei ist natürlich das Hinzurechnen der Kommunisten zu den sozialdemokratischen Vertretern reine Theorie, da die R. P. D. auch im neuen Reichstag niemals als positiver Faktor irgendeiner Politik anzusehen ist. Betrachtet man die anderen Parteien, so sieht man trotz erhöhter Wahlbeteiligung sowohl bei dem Zentrum, das bisher noch stets allen Wahlführern getrost hat, ein Abwärteln um sechs Mandate, während das kleine Häuflein der unentwegten Demokraten und Sozialisten um weitere 15 Mandate vermindert in den Reichstag einzieht. Sind auch diese Zahlen noch keineswegs endgültig, so daß infolge der Reststimmen noch geringfügige Änderungen eintreten werden, so dürfen doch keineswegs derartige Bewegungen mehr zu verzeichnen sein, daß aus Berlin Gewinne wird. Gegenüber dieser Einbuße links und in der Mitte ist das bedeutendste Ergebnis der Wahl das gewaltige Anwachsen der Deutschnationalen, die mit ihren 99 Vertretern 28 Mandate gewonnen haben. Sie haben einen großen Teil ihrer Gewinne auf Kosten der Deutschen Volkspartei zu verbuchen, die statt 66 künftig nur noch 44 Vertreter in den Reichstag entsenden wird. Das ist vom nationalen Standpunkt aus gewiß keine reine Freude, da beide Parteien gerade in bezug auf ihre nationalen Ziele keine Unterschiede aufweisen und lange Zeit für beide erprießlich zusammengegangen sind. Dagegen ist erzieulicherweise die von demokratischer Seite prophezeite erhebliche Abgabe deutschnationaler Stimmen an die Völkischen nicht eingetreten, wie überhaupt die Völkischen ihre gerade nach den bayerischen Wahlen hochgeschraubten Erwartungen kaum erfüllt sehen. Die unklaren Ziele ihrer Führer, ihr negatives Verhalten in bezug auf parlamentarische Arbeit dort, wo sie in starke Positionen gekommen sind, in Thüringen, in Bayern, in Mecklenburg, mögen dabei den Ausschlag gegeben haben.

Nicht man das Fazit aus den Wahlergebnissen, so ist es einmal eine klare Abgabe der Mehrheit des Volkes an die marxistischen Parteien, die noch weit eindringlicher zum Ausdruck kommt, wenn man nicht nur die Zahl der Mandate zum Vergleich heranzieht, sondern die abgegebenen Stimmen. Gerade Sachsen ist hierfür ein typisches Beispiel, weil sich nach dem Gesamtergebnis für Sachsen die bürgerlichen und sozialistischen Mandate die Wage halten, obwohl erheblich mehr bürgerliche als sozialistische Stimmen abgegeben worden sind. Das Dresdener Sozialistenblatt führt diese Tatsache mit offensichtlicher Genugtuung auf die gefährliche Zersplitterung im bürgerlichen Lager zurück. Und mit vollem Recht; denn infolge der Tatsache, daß eine Verrechnung der Reststimmen im Reich nur in dem

Die Wahlergebnisse im Spiegel der Presse.

Berliner Stimmen.

Berlin, 5. Mai. Der Ausfall der Wahlen wird in der Berliner Presse weiter lebhaft besprochen. Das klare Bewusstsein zur nationalen Leistung der Reichsgeschichte, das das vorläufige Gesamtergebnis zum Ausdruck bringt, und die Tatsache, daß der eigentliche Träger der ungemein harten Reichsüberwindung die Deutschnationalen Volkspartei geworden ist, findet in den deutschnationalen Mäthern dankbare Anerkennung. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, daß der Ausgang der Wahlen unübelbar den Charakter einer schweren persönlichen Niederlage für Stresemann trage. Es habe sich gezeigt, daß er von dem Vertrauen in seine persönliche Politik, das er glaubte in Anspruch nehmen zu können, den weitaus größeren Teil eingebüßt habe, und daß diese Einbuße größer sei, als selbst seine Gegner erwarten konnten. Beachtung verdienen auch die Ausführungen des Blattes über den Ausgang der Wahlen für die Völkischen, die in mancher ihrer Hochburgen, wie in Berlin, schlechter abschnitten, als angenommen wurde. Die völkische Partei werde sich darüber klar sein müssen, daß sie ihren immerhin erzwungenen Erfolg im Rahmen der allgemeinen Rechtsbewegung erzwungen habe, und daß die Mehrzahl ihrer Wähler sie als Rechtspartei gewählt habe trotz des von ihr unternommenen Versuches, diesen Charakter abzulehnen oder mindestens einzuschränken. Bei dieser Erscheinung sei ihr zweifellos ihr Entsetzen aus der Deutschnationalen Volkspartei heraus zutage gekommen, und es wäre unter dem Gesichtspunkte der Auswirkung des tatsächlichen Volkswillens zu wünschen, daß sie diesen impponderablen Momenten in ihrer weiteren politischen Haltung und Einstellung Rechnung trage.

Der Berliner Lokal-Anzeiger wirft die Frage auf, was Stresemann, auf den durch den Wahlausgang eine ungehore Verantwortung gelegt sei, tun werde. Werde er in übernehmerischer persönlicher Rechthaberel auf einem Wege beharren, der für seine Partei ein Weg weiteren und gänzlichen Verderbens werden müßte, oder werde er das Vergangene vergangen sein lassen, um mit einem gradlinigen Eingehen in den Sinn des Wahlergebnisses seine und seiner Partei Stellung wiederherzustellen, indem er bekenne, daß die Nation mit diesem Wahlergebnis eine große bürgerliche Koalition mit einem stark nach rechts gerückten Schwerpunkt ermöglicht, und gefordert habe. Es sei die Aufgabe der Deutschen Volkspartei, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen und diese Forderung erfüllen zu helfen. Das Organ des Außenministers Stresemann, die „Welt“, erklärt, daß es zweifellos wäre, die Niederlage der

Volkspartei zu verschleiern. Wer aber glauben wollte, daß die Volkspartei durch den Ausfall der Wahlen gebucet oder in trübe Stimmung gebracht worden sei, der täusche sich, die Partei werde nicht zögern, diejenigen Schäden der Organisation zu beseitigen, die sich im Wahlkampf gezeigt haben. Die Partei habe durch innere Geschlossenheit zurückgewonnen, was ihr an äußerer Stärke verlorengegangen sei.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt, daß die zahlreichen Wähler und Wählerinnen, die gestern für die Deutschnationalen gestimmt haben unter dem Eindruck der Folgen, die ein politischer Unversand haben könnte, über lang oder kurz auf den Weg der Beseitigung gelangen würden, ein Trost, der tatsächlich an den Haaren herangezogen ist.

Das einzige Blatt, das wirklich feiner von der kommenden Freude Ausdruck gibt, ist der sozialistische „Vorwärts“. Er erklärt über seiner Wahlausgangsbetrachtung mit dieser Ueberschrift: Wir bleiben härteste Partei, ohne zu bedenken, daß sich in der parlamentarischen Kritik die Sache vielleicht so gestalten wird, daß eine einzige Rechte über eine unzeitige Linke triumphieren wird.

Die jetzt auf eine mehr überparlamentarische Stellung hinführende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont, daß der unverzügliche Eingriff der Deutschnationalen in die Regierung jetzt erfolgen müsse. Damit wäre ein wesentlicher Schritt im Sinne nationaler Solidarität und inneren Ausgleiches getan.

Rücktritt des Kabinetts Knilling.

Berlin, 5. Mai. Der vorige Woche angefündigte Rücktritt des bayerischen Kabinetts Knilling ist jetzt zur Tatsache geworden. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten teilt der Ministerpräsident in Uebersichtsmannung mit seinen Ministerkollegen den Rücktritt des Kabinetts mit. Das Kabinetts wird vorläufig die Geschäfte weiterführen.

Die Wahlen zum bayerischen Landtag in der Pfalz.

Speyer, 6. Mai. Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl in der Pfalz stellt sich wie folgt: V. S. P. 80 729, Deutscher Block 20 968, Kommunisten 42 641, Bauernbund 3536, Zentrum 31 690, Bayer. Volkspartei 61 104, Vereinte Nationale Rechte 80 588, Bauernbund 9, Völkischer Block 14 698 Stimmen. Es haben demnach als Siege fest: V. S. P. 3, Kommunisten 1, Zentrum 1, Bayer. Volkspartei 2, Vereinte Nationale Rechte 2.